



Massiver Anstieg rechter Gewalt in Berlin 2006

Hintergrund ➔ Die Opferberatung *ReachOut* verzeichnet einen Wandel rechter und rassistischer Delikte in der Hauptstadt

Im Jahr 2006 verzeichnet ReachOut 155 Angriffe (2005: 116) in Berlin. Damit dokumentiert die Beratungsstelle die höchste Zahl von Gewalttaten und massiven Bedrohungen seit der Gründung des Projektes im Jahr 2001. Sie liegt weit über der Zahl der von den Ermittlungsbehörden bisher erfassten Delikte. So führt das Bundesinnenministerium für Berlin 99 (2005: 36) Gewalttaten auf. Die meisten der insgesamt 222 von uns gezählten Opfer von Angriffen erlitten Körperverletzungen. Dabei stechen die Monate Mai mit 13 und August mit 17 Gewaltdelikten besonders hervor. Die auffällig vielen Angriffe im Mai fanden zum größten Teil am Himmelfahrtstag (Herrentag/Vatertag) und dem darauf folgenden Wochenende statt. Der Artikel basiert auf einem noch unveröffentlichten Beitrag von ReachOut, der im Rahmen eines »Schattenberichts« verschiedener Berliner Projekte voraussichtlich Ende März erscheinen wird.

Die statistischen Erhebungen von ReachOut erfolgen auf Grundlage der Kriterien, die von den CIVITAS-geförderten Opferberatungsprojekten erarbeitet wurden. In der gemeinsamen Datenbank hierzu werden Informationen zu den Angriffen in den jeweiligen Bundesländern und zur Beratung der Opfer erfasst. Maß-

geblich für die Erfassung eines Angriffs sind die zugrundeliegenden Straftatbestände (Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung, Körperverletzung, (versuchte) Tötung und Brandstiftung) und die Tatmotive der AngreiferInnen. Ob die Opfer Anzeige erstattet haben, spielt keine Rolle. Gleichwohl werden nicht alle statistisch erfassten Angriffe in der Chronik dokumentiert. Manche Opfer lehnen aus Angst vor weiteren Bedrohungen durch die AngreiferInnen jede Form der Öffentlichkeitsarbeit ab.

Auch wenn wir davon ausgehen können, dass die Menge der von uns erfassten Fälle von Jahr zu Jahr zuverlässiger das Ausmaß rechter, rassistischer, antisemitischer und homophober Gewalt abbilden, bleibt die Dunkelziffer hoch. Das zeigt sich bspw. in Beratungsgesprächen, wenn die Betroffenen uns berichten, dass sie in der Vergangenheit bereits mehrfach bedroht und angegriffen wurden, uns bis dahin aber keine Informationen vorlagen.

Die Situation in den Berliner Bezirken

Aus den Informationen, die ReachOut bisher vorliegen, kann geschlossen werden, dass vor allem für Friedrichshain (50 Angriffe, 2005: 25), für Lichtenberg (23, 2005: 17) und für Prenzlauer Berg (12, 2005: 6) im Vergleich



(c) ip-photo | peter.juelich

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de

<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im *monitor*, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



Razzia bei D.S.T.

Bund • Mitte Februar sind im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die Berliner Band D.S.T. (DEUTSCH, STOLZ, TREUE) 13 Objekte in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Nordrhein-Westfalen durchsucht worden. Gegen die Bandmitglieder wird wegen Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Verstoßes gegen das Waffengesetz ermittelt, nachdem die Gruppe 2005 unter dem Namen »X.X.X.« die CD »Die Antwort aufs System« bei dem in Wismar ansässigen Label NORTH X veröffentlicht hatte. Dort wurde neben CDs eine Pump-Gun samt Munition sichergestellt. In Nordrhein-Westfalen und Hessen wurden in Presswerken neben Geschäftsunterlagen auch die Master-CD beschlagnahmt. Gegen die Band laufen seit 2002 mehrere weitere Verfahren, die noch nicht abgeschlossen sind. ◀

GARDE 18 verurteilt

Alsfeld • Vier Mitglieder der aus Thüringen stammenden Band GARDE 18 sind Anfang Februar vom Amtsgericht Alsfeld wegen Volksverhetzung zu Geldstrafen verurteilt worden. Die Gruppe hatte 2004 bei einem Konzert in einem Treffpunkt der KAMERADSCHAF KIRTORF (Hessen) das antisemitische »Blut-Lied« gespielt (Zitat: »Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib«). Das Publikum honorierte dies mit »Sieg Heil«-Rufen, während ein ARD-Team das Konzert mit versteckter Kamera filmte. Nach der Ausstrahlung der Bilder untersagte das Landratsamt die Durchführung aller Musikveranstaltungen auf sämtlichen Liegenschaften. ◀

RACE WAR ist kriminelle Vereinigung

Schwäbisch Gmünd • Bereits Ende vergangenen Jahres wurden vier Mitglieder der Band RACE WAR wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung, öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen zu Bewährungsstrafen zwischen 17 und 23 Monaten verurteilt. Auf den zwei CDs der Gruppe – von der eine ▶

zum Vorjahr ein Besorgnis erregender Anstieg von Angriffen verzeichnet werden muss. Der auffälligste Rückgang ist im Bezirk Treptow-Köpenick zu beobachten (11, 2005: 24). Fünf und damit die meisten Angriffe im Westteil Berlins ereigneten sich in Neukölln (2005: 1).

Die hohen Angriffszahlen besonders im Bezirk Friedrichshain lassen sich vor allem auf die dortigen Verkehrsknotenpunkte (S-Bahnhof Frankfurter Allee, Ostkreuz, Warschauer Straße, Tramlinie M5, M10, U-Bahnlinie 5) zurückführen. Dort sind es alternative und linke Jugendliche, die am häufigsten angegriffen werden. In Friedrichshain existieren viele Kneipen und Treffpunkte, die für diese Szene attraktiv sind. So ist davon auszugehen, dass gerade in diesem Bezirk Opfer und TäterInnen besonders häufig aufeinander treffen. Für Lichtenberg und Prenzlauer Berg gilt, dass sich dort eine ganze Reihe von Treffpunkten der rechtsextremen Szene, auch Wohngemeinschaften, befinden, von denen die Angriffe vermutlich häufig ausgehen. Bei dem Rückgang der Angriffszahlen in Treptow-Köpenick vermuten wir, dass die gleichen TäterInnen mittlerweile in anderen Bezirken aktiv sind.

Für bestimmte Bezirke gilt, dass ein Großteil des öffentlichen Raumes und des Wohnumfeldes von den (potenziellen) Opfern als Gefahren- bzw. als Angstzone erlebt wird. Das führt dazu, dass öffentliche Plätze, Parkanlagen und Straßenzüge, die von der rechten Szene stark frequentiert sind, von den Betroffenen vor allem in den Abendstunden gemieden werden. Insbesondere Bahnhöfe werden immer wieder als Orte genannt, an denen Übergriffe stattfinden. Nach wie vor hoch ist auch die Zahl der Angriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen. Dadurch wird die Mobi-



Nehmen zu: Rechte Gewalttaten in Berlin.

lität der (potenziellen) Opfer erheblich eingeschränkt; lange Umwege müssen von den Opfern in Kauf genommen werden.

Rassismus ist nach unseren Erkenntnissen im vergangenen Jahr in Berlin das häufigste Motiv für Angriffe gewesen, nachdem 2005

noch nicht-rechte, alternative Jugendliche die am häufigsten betroffene Gruppe war. Außerdem werden politische AktivistInnen, die sich offensiv gegen Rechtsextremismus positionieren, nach wie vor häufig angegriffen.

Im öffentlichen Diskurs überwiegt für den Bereich der rechtsextrem motivierten Straftaten, und hierbei besonders für die Gewaltdelikte, nach wie vor die Sichtweise, es handele sich um ein »jugendtypisches Problem«. Indes widersprechen selbst die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden in den zurückliegenden Jahren diesem hartnäckigen Vorurteil. Auch die jüngsten wissenschaftlichen Ergebnisse zeigen, dass sich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eben gerade nicht vorwiegend bei Jugendlichen zeigt. Schließlich steht diese verzerrte Wahrnehmung im Widerspruch zu den Erfahrungen der potenziellen Opfer rechter/rassistischer Gewalt. Sie sind täglich mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen rassistischen Handelns konfrontiert und wissen, dass sie jederzeit an jedem Ort unabhängig vom Alter der meist männlichen Täter angegriffen, beleidigt und erniedrigt werden können. Eine Reduzierung von Rassismus und Rechtsextremismus auf ein Jugendphänomen bedeutet für sie die Verharmlosung des Problems und eine Ignoranz gegenüber ihrer Lebenswirklichkeit.

Die »Mitte der Gesellschaft«

Wissenschaftliche Studien wie die Analyse »Deutsche Zustände«¹ zeigen: Je ausgeprägter der Nationalstolz, der Stolz Deutscher/Deutsche zu sein, ist, desto signifikanter werden »fremdenfeindliche« Einstellungen. Die Aufwertung der eigenen Gruppe bedeutet immer auch eine Abwertung der sogenannten Fremden. Dies ist gerade im Rückblick auf das vergangene Jahr und die Fußballweltmeisterschaft aufschlussreich. Der viel bejubelte und gelobte positive Bezug auf die deutsche Fahne und das Nationalgefühl muss u. E. zuerst als Gefahr für all diejenigen begriffen werden, die als nicht dazu gehörig definiert werden.

Die Auseinandersetzung um die »No-go-areas« in den Wochen unmittelbar vor der Weltmeisterschaft hat die Arbeit von ReachOut in dieser Zeit ganz entscheidend geprägt, teilweise sogar dominiert. Dies resultierte vor allem aus dem Interesse, der Neugier und der Suche nach harten Fakten von Seiten der nationalen und internationalen MedienvertreterInnen. Positiv an der Debatte war, dass tatsächlich die Situation der zunehmenden Angriffe, die sich bereits im Mai 2006 deutlich

1) Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt a. M. 2006.



Rechte Parolen und Hakenkreuz-Schmierereien in Berlin-Neukölln im Dezember vergangenen Jahres.

abzeichnete, öffentlich diskutiert werden konnte. Rechtsextremismus und Rassismus wurden über mehrere Wochen als gesellschaftliche Probleme benannt und diskutiert.

Dennoch ist der Versuch, klar umrissene »No-go-areas« zu definieren, äußerst problematisch. Die Festlegung impliziert, dass es auch sichere Orte bezüglich rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten geben würde. Zumindest für Berlin ist jedoch nach unseren Erkenntnissen die Situation weitaus komplizierter. Nahezu überall in der Stadt finden Angriffe zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten statt, am häufigsten im öffentlichen Raum. Fakt ist ebenfalls, dass viele potenzielle Opfer rechter, rassistischer Gewalt bestimmte Orte konsequent meiden.

Zudem kann nicht allein die Anzahl der Delikte Auskunft darüber geben, wie sich die Situation in einem Bezirk, an einem Bahnhof etc. für potenzielle Opfer darstellt. Das hängt auch davon ab, welche Plakate, Aufkleber, Symbole im öffentlichen Raum zu sehen sind und wie sich PassantInnen bei einem Angriff in der Vergangenheit verhalten haben bzw. mit welcher Feindseligkeit Menschen konfrontiert sind, die als nicht zur Mehrheitsgesellschaft dazugehörig gelten. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass potenzielle Opfer auch in Bezirken leben, die als gefährlich für sie gelten. Manche entscheiden sich ganz bewusst dafür zu bleiben, andere haben nicht die Möglichkeit umzuziehen. Diese Bezirke als »No-go-areas« zu deklarieren, würde bedeuten, den Betroffenen die Verantwortung für ihre Sicherheit zu übertragen und deren Lebenswirklichkeit komplett auszublenden. Wenn dann doch ein Angriff geschähe, wären sie schlimmstenfalls selbst schuld. Schon jetzt werden Opfer häufig mit Fragen konfrontiert, warum sie sich überhaupt zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten aufhielten. Schließlich wisse man ja, wie gefährlich das sein könne. Sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die Sicherheitskräfte würden aus der Verantwortung ent-

lassen, den Schutz und die körperliche Unversehrtheit aller Menschen, unabhängig von ihrem Aussehen, ihrer Herkunft und ihrem sozialen Status zu gewährleisten.

Hierarchisierung der Opfer?

Menschen nicht-deutscher Herkunft müssen ihren Alltag in einem Klima der allgegenwärtigen Diskriminierung im Wohn- und Arbeitsumfeld und von Seiten der Behörden gestalten. Die Ausgrenzungserfahrungen gehen weit über die direkte Bedrohung durch Rechtsextreme hinaus. Rassistische Stereotypen werden in weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor als selbstverständlich betrachtet, so dass nur selten eine Solidarisierung mit den Opfern stattfindet. Das gilt auch für andere Opfergruppen: Sozial Benachteiligte (vor allem Wohnungslose), Punks, nicht-rechte Jugendliche und Menschen mit Behinderungen sind mit gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen konfrontiert, die soziale, kulturelle und politische Ab- und Ausgrenzungsmechanismen fördern.

In der Unterstützung der Opfer und vor allem in der medialen Berichterstattung fällt seit einigen Jahren auf, dass Angriffe häufig dann auf öffentliches und politisches Interesse stoßen, wenn die Opfer eingebunden sind in Strukturen, die gesellschaftlich und politisch eine hohe Anerkennung und Akzeptanz erfahren. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Angriff auf die Wahlkampf helfer der SPD in Hellersdorf. Zu recht zeigten sich sowohl der Regierende Bürgermeister als auch andere politische Akteure betroffen und empört über den perfiden Angriff, sprachen öffentliche Verurteilungen aus und sicherten den Opfern ihr Mitgefühl und Unterstützung zu. Dementsprechend häufig und ausführlich haben die Medien über den Angriff und die Folgen berichtet. Gleichzeitig wurde den Tätern und ihren AnhängerInnen klar signalisiert, dass deren brutales Vorgehen in keiner Weise toleriert wird.

Als Beratungseinrichtung würden wir uns wünschen, dass Opfern, die nicht per se über eine ähnliche Lobby verfügen, wie beispielsweise junge Punks oder Flüchtlinge, die gleiche Aufmerksamkeit, die gleiche Empathie erfahren und die gleiche Empörung gegenüber den TäterInnen bekundet wird. So wären unsere Bemühungen, Unbeteiligte während eines Angriffes zum Helfen und Eingreifen zu motivieren und die Opfer besser zu schützen, weit aus Erfolg versprechender.

Sabine Seyb, ReachOut
www.reachoutberlin.de



► mit Hitlerbildern, Hakenkreuzen und SS-Runen versehen war – rief die Band zum »Kampf für den Erhalt der weißen Rasse« auf.

Da die Gruppe fast nur im benachbarten Ausland auftrat, wurden grenzüberschreitende Ermittlungen aufgenommen. Im Prozess hatten die Bandmitglieder umfassende Geständnisse abgelegt und die Combo für aufgelöst erklärt. Damit ist nach LANDSER zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Band wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt worden. ◀

Nazi-Anwalt als Autor bei C.H. Beck

Berlin • Der als Strafverteidiger von Rechtsextremisten bekannt gewordene Rechtsanwalt CARSTEN SCHRANK tritt auch als Autor des renommierten Verlages C.H. Beck auf. Sein in der Nazi-Szene bisher beliebtestes Buch »Richtiges Verhalten im Strafverfahren« hat er 2001 dort als Rechtsratgeber in der dtv-Reihe veröffentlichen können. Bekannt geworden ist SCHRANK als Verteidiger in den Verfahren gegen die Täter der Menschenjagd in Guben, gegen Mitglieder der SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ sowie als Vertreter der NPD – unter anderem für den NPD-Parteivorsitzenden UDO VOIGT.

Im November 2006 hat der Anwalt sein inzwischen drittes Buch veröffentlicht. Unter der Überschrift »Rechts-Staat Deutschland?« versammelt SCHRANK substanzlose Betrachtungen zum »Kampf der Justiz gegen Rechtsextremisten«, wie es im Untertitel heißt. Auf Dutzenden von Seiten ventiliert er die sattsam bekannte Leier, dass der Rechtsstaat die Rechtsextremisten nicht rechtsstaatlich behandle. Seine eigene Rolle blendet SCHRANK aus und vermittelt den Schein des objektiven Juristen. So zitiert er volksverhetzende LANDSER-Texte ohne zu erwähnen, dass er selber ein Soli-Konto für die Bandmitglieder einrichtete. Ebenso verteidigt SCHRANK auf vielen Seiten die Positionen der NPD, für die er Rechtsschulungen durchführte. ◀

Landesparteitag der Berliner NPD

Berlin • Am 4. Februar fand in Schöneeweide unter Ausschluss der ▼



► Öffentlichkeit der NPD-Landesparteitag statt. Da es der Parteiführung gelang, den Veranstaltungsort bis zum Schluss geheim zu halten, konnte dieser ohne Störungen durchgeführt werden. Die Berliner Polizeiführung soll bereits einige Tage zuvor vom geplanten Tagungsort gewusst haben, diesen jedoch erst unmittelbar zu Veranstaltungsbeginn bekannt gegeben haben, um antifaschistische Proteste unmöglich zu machen. ◀

Zündel zu Höchststrafe verurteilt

Mannheim • Das Landgericht hat am 15. Februar den 67jährigen Holocaust-Leugner ERNST ZÜNDEL zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Die Richter sahen in Zündel einen »rassistischen Agitator, Hetzer und Brandstifter«. Der zuletzt in Kanada lebende Rechts-extremist hatte auf seiner Homepage den Holocaust leugnende, sowie zahlreiche weitere rassistische und antisemitische Hetzschriften veröffentlicht. Er war in Kanada bereits zwei Jahre inhaftiert, bevor er im März 2005 an Deutschland ausgeliefert wurde. ◀

Machtkampf in Hamburger NPD

Hamburg • Am 4. Januar ist der Parteivorstand der Hamburger NPD um die Landesvorsitzende ANJA ZYSK zurückgetreten. Neuer Vorsitzender ist JÜRGEN RIEGER. ZYSK war parteiintern umstritten und wurde von einer Gruppe um das Landesvorstandsmitglied THORSTEN DE VRIES mit Unterstützung von THOMAS »STEINER« WULFF angefeindet. ZYSK warf DE VRIES vor, sie als Vorsitzende stürzen und JÜRGEN RIEGER als Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl 2008 installieren zu wollen. Nach ihrem Rücktritt zeigte ZYSK DE VRIES u.a. wegen des Verwendens »nationalsozialistischer Grußformeln«, Beleidigung und Gewaltdrohung an. Zudem kritisierte sie den NPD-Bundesvorstand in einem offenen Brief, weil dieser trotz Kenntnis der Verhältnisse nicht interveniert habe. Der Bundesvorstand hat ein Ausschlussverfahren gegen ZYSK und DE VRIES angestrengt. ◀

Generalmusikdirektor a. D. dirigiert für Neonazis

Bericht ➞ Der ehemalige Chefdirigent der Komischen Oper ist für den FREUNDKREIS ULRICH VON HUTTEN aktiv

Er ist ein über 80-jähriger ehemaliger Generalmusikdirektor und für seine langjährigen Verdienste zum Ehrenmitglied zweier Opernhäuser ernannt worden. Im Jahr 2000 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Eben dieser Professor ROLF REUTER schult junge Singleleiter für den neonazistischen FREUNDKREIS ULRICH VON HUTTEN.

ROLF REUTER hat einen beeindruckenden Lebenslauf vorzuweisen: Generalmusikdirektor an der Oper Leipzig, am Nationaltheater in Weimar und der Komischen Oper in Berlin; er unterrichtete an Musikhochschulen in Leipzig, Weimar, Berlin, München, Lyon. »Als Operndirigent hat er sich vor allem als Mozart- und Wagnerdirigent einen geachteten Ruf erworben, und Gastverpflichtungen führen ihn ständig an die großen Opernhäuser Europas und nach Übersee«, schreibt das Berliner Philharmonische Kammerorchester über ihn.¹

Seit Mitte der 1990er Jahre taucht REUTER zunächst sporadisch und später immer häufiger in extrem rechten Zusammenhängen auf. Er posi-

tionierte sich als Verteidiger der Meinungsfreiheit – für Leugner des Holocaust. Schon 1996 unterzeichnete er den »Appell der 100. Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr«, eine Solidaritätsadresse für den Verleger WIGBERT GRABERT, der wegen des Vertriebs des Auschwitz leugnenden Buches »Grundlagen zur Zeitgeschichte« zu einer Geldstrafe verurteilt worden war.

Deutsche Scham

Zwei Jahre später verlangte ROLF REUTER in einem offenen Brief von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, sofort gegen den »Gesinnungsterror« in Deutschland vorzugehen. Anlass waren REUTER erneut zwei Verurtei-

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Neuer Vortrag im Programm des *apabiz*

Esoterik: Nur vermeintlich unpolitisch

Die zunehmende Vereinzelung der Menschen hat viele Unsicherheiten mit sich gebracht. Die individuellen Auswege daraus sind ebenso vielfältig: Ob der Glaube an die Kraft von Amuletten, das Erwarten der kosmischen Weltrevolution oder einfach nur »bewusst leben« für eine schönere Wiedergeburt – Esoterik ist nach wie vor angesagt.

Dabei ist Wenigen bekannt, aus welchen Wurzeln und Kontinuitäten – auch des Nationalsozialismus – sich New Age, Hippie-Bewegung und/oder der völkische Naturkult bedienen. Die grundlegenden Prinzipien, wie Karmaglaube, der Geschlechterdualismus und die Absage an Rationalität und Materialismus, sind nicht nur alles andere als emanzipativ. Sie sprechen auch ein sich als alternativ empfindendes Publikum an, das rechte Inhalte in Kombination mit einer »spirituellen Selbstbefreiung« entweder hin- nimmt oder bereit ist, sie in ihr vermeintlich unpolitisches Weltbild zu integrieren. Dass es

dabei sowohl personelle als auch ideologische Überschneidungen in die extreme Rechte gibt, wird selten problematisiert.

Der Vortrag im Programm des *apabiz* bietet einen kurzen Abriss über die historische Entwicklung der »klassischen« Esoterik in Deutschland und kann je nach Wunsch näher auf die »grüne« Eso-Bewegung, wie die WANDERVOGELBEWEGUNG und später die ÖKOPAX-BEWEGUNG (RUDOLF BAHRO) und den »spirituellen Ökofeminismus« eingehen, oder auf das Heidentum als deutsche Ausprägung einer völkischen Esoterik und Schnittstelle zu einer »arteigenen« Religion und ihren nationalistischen und rechtsextremistischen Inhalten und Organisationen in Deutschland.

Die ReferentInnen sind eine Mitarbeiterin des *apabiz* und ein Mitarbeiter des *Netzwerk Courage* Niedersachsen. Der Vortrag ist als Abendveranstaltung mit Powerpoint-Präsentation und ggf. Filmausschnitten konzipiert. ◀



Prof. Rolf Reuter
 Generalmusikdirektor
 Am Ideengangraben 46
 13156 Berlin

**Protest gegen
 Gesinnungsterror**

Kopie an: Amnesty International, Bonn
 UN Center for Human Rights, Genf
 EU-Menschenrechtskommission, Straßburg
 Berlin, den 6. 5. 1998.

An die
 Internationale Gesellschaft
 für Menschenrechte
 Postfach 10 11 32
 60011 Frankfurt/M.

Sehr geehrte Damen und Herren!
 „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ So ruft Friedrich Schiller in seinem Drama „Don Carlos“.
 „Die Gedanken sind frei“ war die Revolutionsmuse von 1848/49.
 Wie ein roter Faden zieht sich durch die Menschheitsgeschichte der Kampf um die Meinungs-
 freiheit. Unzählige Menschen brachten für dieses hohe Ziel große Opfer.
 Der Artikel 19 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist ein Meilenstein auf dem
 Wege des Ringens um die Freiheit. Dort heißt es: „Jeder Mensch hat das Recht auf freie
 Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen ungehindert auszubilden
 und Informationen zu suchen mit allen Verständigungsinstanzen ohne Rücksicht auf Grenzen zu
 suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“
 Nach Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland hat jeder Bürger das Recht,
 seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein
 zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.
 Dieses Recht aber wird seit Jahren in Deutschland beugt. In der „Welt“ vom 4. Juli 1997 konnte
 man lesen, daß 1996 in Deutschland über 8000 Menschen wegen ihrer Meinung verfolgt wur-
 den. 1997 waren es bereits 7000.
 Zwei Beispiele mögen für viele stehen: Andreas Röhler, der Herausgeber der deutschen Zeit-
 schrift „Sietz“, wurde in einem Gerichtsprozeß psychiatriert. Sein „Verbrechen“ bestand
 darin, außer Helmut Antonow auch solche „zu Wort kommen zu lassen, die nicht im Rahmen der
 „political correctness“ passen.
 Der Verleger Udo Walendy wurde zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der Urteilsbegrün-
 dung sagte der Richter: „Walendy nicht verurteilt wird, was er in seinem „Allerortschen
 Tatsachen“ gesagt hat, sondern daß er verurteilt wird für das, was er nicht gesagt hat!“
 Ich schäme mich als Deutscher für dieses „im Namen des Volkes“ begangene Unrecht.
 Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Die Presse ist voller Meldungen über den Gesin-
 nungsterror in Deutschland.
 Schon weisen aufmerksame Ausländer, darunter prominente Politiker, Juristen, Kultur- und
 Geschäftsführer, auf diese monströsen Auswüchse in unserem Land.
 Ihre Organisation ist jetzt gebildet. Ich bitte Sie, unverzüglich im Namen der Meinungsfreiheit
 einzuschreiten.
 Hochachtungsvoll
 Prof. Rolf Reuter

Zur Person

Professor Rolf Reuter (1945, Jürging) 1970, rief er zu den kommunistischen Musikwissenschaftlerinnen
 an: Das ist eine Komposition für die Gegenpartei. Legen Sie das
 nationalsozialistische und die Komische Oper Berlin. Er unterrichtete an der Musikabteilung der
 Opern (Berlins, München, Jena) und an der Akademie der Darstellenden Künste (Berlins). (In seine
 künstlerischen Vorarbeiten enthält er zwei Nationalsozialisten der DDR und drei Nationalsozialisten
 unter. 1982 wurde er zum Ehrenmitglied der Oper Leipzig und der Komischen Oper Berlin ernannt.
 Reuter ist verheiratet und hat vier Kinder.



Prof. REUTERS Aktivitäten gegen »Gesinnungsterror«.

lungen gegen rechtsextreme Verleger wegen Volksverhetzung, gegen ANDREAS RÖHLER und UDO WALENDY. Für beide forderte er Gedankenfreiheit: »Ich schäme mich als Deutscher für dieses 'im Namen des Volkes' begangene Unrecht.« Der Brief wurde in einschlägig rechtsextremen Publikationen wie NATION & EUROPA mit Foto und ausführlicher Vita des Verfassers – »zählt zu den namhaftesten Musikwissenschaftlern unserer Zeit« – abgedruckt.² REUTER wiederholt bekannte rechts-extreme Topoi, um sich zum Anwalt von rechts-extremen Volksverhetzern zu machen. Seine Privatadresse taucht im Notizbuch des Schweizer Holocaust-Leugners BERNHARD SCHAUB auf. Für REUTERS Arbeit hatten solche politischen Aktivitäten keinerlei Folgen. Seitdem er 1993 sein Engagement als Chefdirigent der Komischen Oper beendet hatte, führt er seine Tätigkeit an diversen Instituten fort.

Gefragter DKG-Referent

Seit Jahr 2001 lassen sich die Teilnahme des Generalmusikdirektor a. D. und frisch dekorierten Professor ROLF REUTER an den Gastewochen der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG) und seine teilweise Tätigkeit als Referent auf diesen Veranstaltungen belegen. Er bringt dort seine musikalischen Qualifikationen für den Nachwuchs ein und setzt bei seinen Referaten bekannte Komponisten in das Verhältnis zur »deutschen Volksseele«.³ Eine Formulierung, die auch Ausdruck von REUTERS Interesse an der Anthroposophie sein könnte.⁴ An seiner Seite referieren bekannte Exponenten des österreichischen und bundesdeutschen Neonazismus.

Im Mai 2006 führte REUTER als Referent durch das Thema »Das Volkslied als Mutterboden der musikalischen Hochkultur«. Anlass war der erste Singleiterkurs einer neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft »Volk und Musik« im FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN. Neben Reuter sprach die Vorsitzende der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT, LISBETH GRO-LITSCH. Anschließend »nahmen die Anwesenden mit viel Lust und Freude an der praktischen Sing- und Dirigierarbeit teil.«⁵ Hier macht die DKG noch mal in völkischem Duktus deutlich, welches Lied bei ihnen gesungen wird: »Die Tagung war auch eine Absage an den Bänkelsänger- und Rockmusikstil, der sich leider auch bei nationalen Veranstaltungen eingenistet hat.«

Der FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN ist gemeinsam mit der von ihm angeleiteten DKG eine der wichtigsten Kaderorganisationen innerhalb des deutschen Neofaschismus. Seine Aufgabe sieht er v. a. in der Wissensvermittlung und Schulung der jungen Kader, seine Tagungen dienen als Treffen der neofaschistischen Führungspersonen und zur Kontaktaufnahme zwischen der älteren Generation und dem Nachwuchs.

Fazit

Warum ROLF REUTER in diesem politischen Spektrum so aufdringlich tätig wird, wundert doch. Auch wenn der Höhepunkt seines künstlerischen Schaffens gewiss vorbei ist: Was treibt einen Mann, den man ohne Zweifel einer musikalischen wie gesellschaftlichen Elite zuordnen darf, dazu, den Taktstock für völkische Neonazis zu schwingen? Seine politischen Meinungsäußerungen lassen keinen Zweifel daran zu, dass er wusste, mit wem er es zu tun hat.

Die Komische Oper in Berlin zumindest nimmt die vorgebrachten Aktivitäten REUTERS sehr ernst und prüft, ob die Ehrenmitgliedschaft in dem Hause, dem er lange Jahre als Chefdirigent seinen Stempel aufdrückte, Bestand haben kann. Wir denken, dass solch eine Kulturarbeit nicht nur dem Hause der Komischen Oper keine Ehre machen kann. Seine gesamte aktuelle Lehrtätigkeit steht dringend zur Diskussion, ebenso wie seine Ehrung durch das Bundesverdienstkreuz. Inwieweit seine frühere musikalische Arbeit durch diese neuen Fakten in einem anderen Licht dastehen und eventuell neu bewertet gehören, dazu sollten sich seine Weggefährten äußern.

Ulli Jentsch

- 1) Siehe http://www.philharmonie.com/rolf_reuter.htm, eingesehen am 25.10.2006.
- 2) NATION & EUROPA, Heft 9, September 1998, S. 58; Flugblatt bei ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP), 1998.
- 3) Die Referate trugen die Titel »Händel und die deutsche Volksseele«, das gleiche für von Weber, Bruckner, Haydn und Beethoven.
- 4) REUTER war bekannt mit dem verstorbenen Leiter des COLLEGIUM HUMANUM und rechtsextremen Anthroposophen WERNER GEORG HAVERBECK.
- 5) HUTTENBRIEFE 2/2006, S. 10.

**NPD und B&H ehren
 »Kampf gegen den Bolschewismus«**

Budapest • In der ungarischen Hauptstadt versammelten sich am 10. Februar über 1.000 Neonazis zum all-jährlichen »Tag der Ehre«. Anlass für diesen neonazistischen Gedenktag ist der Durchbruchversuch deutscher und ungarischer Truppen während der



Belagerung von Budapest durch die Rote Armee im Februar 1945. Der Einladung von BLOOD & HONOUR (B&H) Ungarn folgten u.a. Vertreter von B&H aus England, Belgien, Slowenien und Kroatien. Unter den sechs Rednern der Gedenkveranstaltung befanden sich auch drei Deutsche, die allesamt Funktionsträger der NPD sind. Neben dem bayerischen Funktionär MATTHIAS FISCHER und dem Vorsitzenden des Berliner Landesverbandes



ECKART BRÄUNIGER sprach auch der Bundesvorsitzende UDO VOIGT. In ihren Reden wurde nicht nur die »deutsch-ungarische Waffenbruderschaft« im »Kampf gegen den Bolschewismus« hervorgehoben, sondern auch die internationale Neonazi-Szene in deren Tradition gesetzt. ◀

**Drittes »Turn it down!«-
 Festival im April**

Berlin • Am 13. und 14. April findet in Berlin das 3. »Turn it down!«-Festival statt. Am 13. April spielen im Cafe Morgenrot u.a. die Bands *it.is.imperative* aus Berlin und die finnische Thrashband *Hero Dishonest*. Einen Tag später geht es im Festsaal Kreuzberg mit den Bands *Now Denial*, *Mönster*, *Idiots Rule*, *Duesenjaeger* und *Trainwreck* weiter. Es wird Info- und Plattenstände und natürlich auch leckere Cocktails geben. Mehr Infos auf <http://www.turnitdown.de>. ◀



Chemtrails: Gift am Himmel

Profil ➔ Zur Verbindung von Esoterik und extremer Rechter

JF vs. IFS und NPD?

Berlin • Das neurechte INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK (IFS) hat sein 13. Berliner Kolleg für eine Analyse der eigenen Situation unter dem Motto »Bestandsaufnahme - Wo stehen und was wollen wir?« genutzt. Zu der Tagung in dem Park-Hotel Schloß Kaulsdorf kamen über 150 TeilnehmerInnen. Der Chefredakteur der extrem rechten Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT, DIETER STEIN, beschrieb in einem Gespräch nicht nur die JF als wichtige Zeitung der »Neuen Rechten«, sondern nutzte auch die Möglichkeit für eine Kritik an GÖTZ KUBITSCHKE. Dieser hatte im Januar der NPD-Zeitung DEUTSCHE STIMME ein Interview gegeben. STEIN erklärte die NPD aufgrund ihrer positiven Bezugnahme auf den Nationalsozialismus zum politischen Gegner. Diese These führte im Publikum zu einer intensiven Auseinandersetzung über den eigenen politischen Umgang mit der NPD, die auch die anwesenden NPD-Funktionäre ANDREAS STORR und ARNE SCHIMMER gefreut haben dürfte. ◀

Alljährlicher Aufmarsch in Dresden

Dresden • Am 13. Februar erinnern über 1.500 Neonazis mit einem Aufmarsch an die Bombardierung von Dresden im Februar 1945. Im Gegensatz zu den letzten Jahren fand diesmal der zentrale Aufmarsch am Jahrestag statt. Unter den TeilnehmerInnen waren neben VertreterInnen der NPD und der Kameradschaften auch zahlreiche Neonazis aus dem Ausland wie z.B. Portugal und Osteuropa. Mehrere tausend Personen aus dem bürgerlichen und antifaschistischen Spektrum protestierten gegen einen der größten Aufmärsche des Jahres. Das veranstaltende AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN wird maßgeblich von der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OST-DEUTSCHLAND getragen, welche auch in der Vergangenheit für die Demonstration zum 13. Februar verantwortlich war. Im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche hatte das Bündnis zu dezentralen Aktionen aufgerufen, bei der das neonazistische Gedenken in die Öffentlichkeit getragen werden sollte. In Berlin kam es beispielsweise zu mehreren Flugblatt- und Transparentaktion aus dem Kameradschaftsspektrum. ◀

Seit einigen Jahren kursieren Gerüchte über so genannte »Chemtrails«, die vor allem im Internet verbreitet werden. Verkürzt wiedergegeben soll es sich dabei um als Kondensstreifen getarnte Giftgas-Attacken auf die Bevölkerung handeln, hinter denen die üblichen Verdächtigen stehen: Je nach politischem Feindbild sind es größtenteils WissenschaftlerInnen, die Industrie oder »die da oben« – also die eigene Regierung oder die WeltverschwörerInnen, personalisiert als »US-Imperialisten« und/oder Juden.

Der Kern dieser Verschwörungstheorie geht auf die Behauptung zurück, dass seit dem Ende der 1990er Jahre im Rahmen eines US-Projektes durch das systematische Versprühen von Chemikalien – v.a. Barium-Salze und Aluminium – die Erderwärmung reduziert würde. Im Gegensatz zu normalen Flugzeugkondensstreifen sollen sich die dadurch entstehenden »Chemtrails« – abgeleitet von »contrail« für Kondensstreifen – angeblich nicht innerhalb weniger Minuten auflösen, sondern würden auf merkwürdige Weise zerfasern und eine dünne Wolkendecke bilden, die das Wetter unnatürlich verändere. Zudem bilde sich ein Magnetfeld, dem alle möglichen Wirkungen bis hin zur Gedankenmanipulation nachgesagt werden.

»Chemtrails« und ähnliche Wetterveränderungen sollen militärischen Zwecken dienen – wie angeblich schon im Kosovo-Krieg geschehen –, heimliche Massenimpfungen ermöglichen und als biologische Waffe die Weltbevölkerung durch Krankheiten und Dürren um zwei bis vier Milliarden Menschen reduzieren. Die meisten AnhängerInnen der »Chemtrail-Theorie« unterstellen den vermeintlichen VerursacherInnen also durchweg negative Absichten, die weit über die ursprünglichen Ziele einer Klimaverbesserung hinausgehen. Meist glauben sie nicht nur an diese eine Verschwörung, sondern integrieren alle möglichen Verschwörungstheorien in ihr finsternes Weltbild, erleichtert durch das Medium Internet.

In diesem Sinne ist das Berliner NEUSCHWABENLANDFORUM (NSL) ein Paradebeispiel für die Verquickung von esoterisch-pseudowissenschaftlicher Verschwörungstheorie und Rechtsextremismus. Auf ihren Veranstaltungen werden regelmäßig Vorträge zu »Chemtrails«, aber auch über »Nazi-Flugscheiben« gehalten, so dass sich eine rückwärtsgewandte NS-Nostalgie und -Mythologie mit der Inszenierung einer aktuellen Bedrohung durch »USrael« zu einem rechtsextremen politischen Programm formt. So berichtete etwa KAWI SCHNEIDER vom NSL auf <http://unglaublichkeiten.com>: »Viele Chemiestreifen von Jauchebombern über Berlin-Zehlendorf waren am Sonnabend, dem 10. Juni 2006 kurz vor dem Frühstück zu sehen. Ich war so sauer über die-



Geschlossene Chemiewolkendecke überm apabiz.

se Giftmord-Anschläge auf die Berliner Bürger, daß ich Fotos von den Chemtrailern [sic!] machte, was aber gut war, denn nur so konnte ich gleich den Apparat für eine silbrige Flugscheibe (CIA-Codename: UFO) benutzen [...] Die Flugscheibe hatte weder einen Contrail noch einen Chemtrail hinterlassen und flog abwechselnd sichtbar und unsichtbar von Ost nach West.« Der sächsische NPD-Abgeordnete WINFRIED PETZOLD hat eine Anfrage an den Landtag gestellt, in der er von Chemtrail-Sichtungen berichtet und fragt, »inwieweit [...] die Behörden des Freistaates Sachsen über derartige Vorgänge informiert bzw. daran aktiv beteiligt« seien.¹

Verschwörungstheorien sind gegen wissenschaftliche Erklärungen weitgehend resistent, können sie doch immer davon ausgehen, dass die VerbreiterInnen der »Gegeninformationen« Teil der Verschwörung sind. So hilft es hier auch nicht mitzuteilen, dass es sich bei »Chemtrails« um normale meteorologische Erscheinungen oder einfach Fehlinterpretation von Fachinformationen handelt.

Das mit Verschwörungstheorien verbundene Freund-Feind-Denken ist ein Grundmuster autoritären und totalitären politischen Denkens. Internationale Weltverschwörungen appellieren dabei an die nationalen Gefühle der RezipientInnen. So mag die »Chemtrail-Theorie« zwar mitunter eine harmlose Wahnvorstellung umweltbewusster Menschen sein, die sich ihre Kopfschmerzen erklären müssen. Sie kann aber auch Aspekt eines Weltbildes werden, das ein simplifizierendes Erklärungsmuster für komplexe gesellschaftliche Vorgänge bietet. Auf diesem Weg geht esoterische Pseudowissenschaft einen Bund mit antisemitischem und rechtem Gedankengut ein. Eike Sanders

1) Landtags-Drucksache 4/3782.

Literatur:
Holm Hümmler, »Chemtrails – Zwischen Meteorologie und Verschwörungstheorie«. In: Skeptiker 2/06, S. 48-55.
<http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/reportage.php?repid=2129>.



17,5 Prozent sind weiblich

Hintergrund ➔ Schätzungen über das Geschlechterverhältnis in der Neonazi-Szene konnten bestätigt werden

Wie hoch ist der Frauenanteil in der extrem rechten Szene? Dieser Frage wurde schon auf vielfältige Weise nachgegangen, mit teilweise sehr unterschiedlichen Antworten. Die Zählbeziehungsweise Schätzmethode haben entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis. Hinzu kommt die Möglichkeit, dass es in den Teilfeldern der Szene (beispielsweise Musik-zentriert, Demo-Publikum, Organisationsmitgliedschaften) und auch regional einen unterschiedlich hohen Frauenanteil geben dürfte. Meist bewegen sich die Schätzungen zwischen zehn und 30 Prozent. Für höhere Ebenen von Organisationen, wie beispielsweise Wahlkandidaturen für die NPD, kann von einem geringeren Frauenanteil als an der Basis ausgegangen werden.

Ein bislang in der Forschung wenig beachteter Aspekt ist der Anteil von extrem rechten Frauen in den Internetmedien der Szene. Ein erstes Fragment hierzu hat nun das apabiz erarbeitet: Wir haben die Userdaten aus dem Forum der Internetseite des Freien Widerstandes untersucht. Diese Seite war bis vor etwa eineinhalb Jahren das bedeutendste Vernetzungsmedium im Internet für die parteiskeptische neonazistische Kameradschaftsszene. Im Jahr 2005 wurde die Seite von der Datenantifa gehackt und hat seitdem an Bedeutung eingebüßt. Durch den Hack ist auch der interne Datenverkehr zwischen den Usern öffentlich geworden. Die so zugänglichen „Persönlichen Nachrichten“ aus dem Forum waren Grundlage für unsere Auszählung. Im Ergebnis stellten wir fest, dass 17,5 Prozent der User weiblich und 82,5 Prozent männlich waren.

Bereits vorhandene Schätzungen aus anderen Bereichen und auch unsere Vorannahmen haben sich durch diese Zahl in etwa bestätigt. Zumindest für den Fall des Freien Widerstands lässt sich festhalten, dass Frauen in etwa gleich präsent im Internet sind wie zum Beispiel auf Demonstrationen. Zuweilen geäußerte Mutmaßungen, dass der (über Jahre gestiegene) Anteil von Frauen auf rechten Demonstrationen keinen Rückschluss auf deren Einbindung in die Szene und ihren Aktivi-

tätsgrad zulasse, können insofern zurückgewiesen werden. Im Forum wurden für die Szene relevante Ereignisse, Strategien und persönliche Netzwerke diskutiert und Frauen waren daran genauso stark vertreten wie auf der Straße.

Um unsere Methodik transparent zu machen, sind einige Anmerkungen zu unserer Auszählweise nötig. Es standen aus dem Hack Daten von 4.020 Usern zur Verfügung, von denen insgesamt 7.026 Nachrichten überliefert waren. Ausgezählt wurden alle User, deren Profildatei mindestens zwei Kilobyte groß war. So wurde sichergestellt, dass nur User mit einem Mindestmaß an Aktivität in die Auszählung eingingen. Von ursprünglich 4.020 Usern blieben 453 User übrig. Die Daten dieser User sowie die Inhalte ihrer Nachrichten wurden sodann auf geschlechtseindeutige Merkmale durchsucht. Als solche Merkmale galten gegebenenfalls Usernamen („Holger“, „Skimgirl“), Mailadressen (karin@...) und die Namen, mit denen die jeweiligen Nachrichten unterzeichnet waren („mit kameradschaftlichem Gruß, Michael“). Zwar wird es sich bei User- und Mailnamen oft um Pseudonyme handeln und auch die Zeichnung der Nachrichten kann nicht unbedingt als Klarnamen betrachtet werden. Aber es ist davon auszugehen, dass die gewählten Namen auf das jeweils tatsächliche Geschlecht verweisen. Auch Selbstzuschreibungen („ich bin ein junges Weib“) oder Artikel bei eigentlich geschlechtsneutralen Namen („Ich bin die Alex“) wurden gezählt. In wenigen Fällen flossen - legitimiert durch das Homosexualitätstabu in der Neonaziszene - auch Bezüge auf die jeweiligen LebenspartnerInnen („meine Freundin sagt“ = männlich, „ich werde meinem Mann ausrichten“ = weiblich) mit ein.

Eine sichere Zuordnung gelang bei 294 Usern. Davon abgezogen wurden a) Nichtrechte, die das Gespräch mit Neonazis suchten (4), b) überzählige Accounts von Usern, die unter mehreren Namen aktiv waren (9) und schließlich c) Nichtdeutsche (7). Es blieben 274 User übrig, über die genug bekannt war, um das quantitative Geschlechterverhältnis abschätzen zu können. Das Ergebnis der abschließenden Auszählung: 226 der User waren männlich, 48 weiblich.

Toni Peters

V-Punk rocken wieder rechts

Neufeld • Am 20. Januar fand in Neufeld in Schleswig-Holstein ein Konzert mit den beiden rechtsextremen Bands SACHSONIA und DAS LETZTE AUFGEBOHT sowie der wegen ihrer rechten Affinität bekannten Kieler Band V-PUNK statt. Während der rechtsextreme V7-VERSAND das Konzert per Email-Einladung lediglich als »im norddeutschen Raum« bewarb, kündigten V-PUNK auf ihrer Website Neufeld als Veranstaltungsort an. Laut Polizeiangaben hat das Konzert planmäßig und ohne weitere Zwischenfälle stattgefunden. ◀

Treffen europäischer Rechtsextremisten in Dresden und Athen

Dresden • Am 16. und 17. Februar trafen sich Delegierte der EUROPEAN NATIONAL FRONT (ENF) auf Einladung der NPD und der JN in Dresden und Riesa. An dem inzwischen siebten Treffen der ENF nahmen VertreterInnen von elf Gruppierungen teil, die in ihren Ländern den äußersten Flügel des Rechtsextremismus repräsentieren. Neben den Gastgebern waren dies u.a. die BRITISH NATIONAL PARTY (GB), FORZA NUOVA (I) und die FPÖ (A). Die ENF bezeichnete das Treffen mit fast dreißig Anwesenden als großen Erfolg.

Keinen Erfolg hingegen hatte die Jugendorganisation der NPD, die JN, mit ihrem lange geplanten Europakongress, der Ende Februar in Sachsen stattfinden sollte. Nach polizeilichen Rundschreiben, die vor dieser Veranstaltung warnten, hatte der bereits gefundene Vermieter seine Zusage zurückgezogen. Nach Aussagen von JN-Chef STEFAN ROCHOW hätten die anschließenden Anfragen bei fast 100 Sälen sowie die Suche engagierter Kameraden keinen Erfolg gehabt. Ein verkleinerter Kongress mit rund 40 ausländischen Gästen wurde dann in eigenen Räumen in Riesa abgehalten.

Bereits Ende Januar hatte eine 15-köpfige Delegation der NPD die griechische PATRIOTISCHE ALLIANZ in Athen besucht, um an einer jährlichen Gedenkdemo teilzunehmen. Auf das Hotel, in dem u. a. die deutsche Delegation untergebracht war, wurde in der Nacht zum 26. Februar ein Brandanschlag verübt. ◀

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Frei, Norbert; van Laak, Dirk; Stolleis, Michael (Hg.): »Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit«. C. H. Beck, München 2000.*

»Der Historiker als Richter – der Richter als Historiker« lautet der Titel eines der Aufsätze aus dem Sammelband, der sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit der Rolle und den Grenzen von Justiz und Historikern bei der Aufarbeitung vor allem der nationalsozialistischen Vergangenheit beschäftigt. Dabei wird auch der Blick über den deutschen Tellerrand gewagt: So finden sich unter anderem Aufsätze über den Stalinismus im Urteil russischer Historiker und die Arbeit der schweizerischen Bergier-Kommission.

• *»Realität – Metapher – Symbol. Auseinandersetzung mit dem Konzentrationslager«. Dachauer Hefte, Heft 22/2006. Verlag Dachauer Hefte, Dachau 2006.*

»Arbeit macht frei« – so der zynische Singspruch, der am Eingang vieler nationalsozialistischer Konzentrationslager zu lesen war. Doch woher stammt er? Dieser und anderen Fragen gehen die Beiträge der 22. Ausgabe der Dachauer Hefte nach. Den größeren Zusammenhang stellt dabei die Auseinandersetzung mit der Realität des KZ in Künsten, Medien und Erinnerungsdiskursen dar. Veröffentlicht werden unter anderem die ergreifenden letzten Notizen des Belgiers Isidor Mohls, der im Mai 1945 im befreiten Ghetto Theresienstadt gestorben ist.

• *Lachauer, Chloé: »Die dunkle Seite Europas. Rechtsextreme auf dem Weg zum politischen Akteur?«. Tectum Verlag, Marburg 2005.*

Wie rechts ist Europa? So lautet die Frage, der Chloé Lachauer in ihrer Untersuchung nachgeht und die sich besonders nach den Wahlerfolgen rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien bei der Europawahl im Juni 2004 und deren jüngsten überparteilichen Vernetzungsversuchen stellt. In 15 EU-Länderstudien analysiert Lachauer Entwicklung und Aufstieg rechter Parteien und nimmt auch die Rolle des Internets bei der rechten Netzwerkbildung in den Blick.

• *Fahr, Margitta-Sybille: »Was steht an jedem Haus? – Ausländer raus!«. Rechtsextreme Ausdrucksformen und Bilderwelten – Ikonografie der Gewalt«. Mobiles Beratungsteam Brandenburg, Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, 3. Aufl. 2005.*

Symbole, Kennzeichen und bildhafte Darstellungen von politischen Einstellungen sind fester

Bestandteil rechtsextremistischer Alltagskulturen und prägen die Verhaltensweisen der Träger. In der Broschüre erläutert die Berliner Ethnologin Margitta-Sybille Fahr anhand von aktualisiertem Text- und Bildmaterial die relevanten Muster und ihre historischen Wurzeln. Zwei Handreichungen des Mobilien Beratungsteams Brandenburg geben im Anhang praktische Informationen für Schulen und Eltern über rechtsextremes Werbematerial und informieren über den »Rechtsextremismus im Kinderzimmer«.

• *Brandstetter, Marc: »Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten«. Tectum Verlag, Marburg 2005.*

Marc Brandstetter untersucht die politische Struktur und programmatische Entwicklung der NPD und fragt, ob es der Partei damit gelungen ist, sich aus einer Außenseiterposition heraus in der Mitte der Gesellschaft zu integrieren. Im Mittelpunkt steht dabei der Landesverband Sachsen.

• *Mertens, Lothar: »Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945–1990«. Georg Olms Verlag, Hildesheim 1997.*

Seit ihrer Gründung behauptete das DDR-Regime, mit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auch den Antisemitismus überwunden zu haben – ein Anspruch, der stets Gegenstand kontroverser Diskussion in der Historikerzunft war. Die Habilitationsschrift des Bochumer Historikers Mertens behandelt nun erstmals umfassend die Geschichte der jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR. Thematisiert wird unter anderem die Frage der Wiedergutmachung und das Israelbild der DDR.

• *Virchow, Fabian: »Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten«. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006.*

Auf der Basis umfangreicher Quellenstudien, für die er unter anderem das *apabiz* nutzte, analysiert Fabian Virchow in seiner Dissertation rechtsextreme Lesarten aktueller politischer Ereignisse und Entwicklungen. Dabei untersucht er die bisher wissenschaftlich weitgehend unberücksichtigten programmatischen Vorstellungen der extremen Rechten zur Außen- und Militärpolitik, wie z. B. im Zusammenhang mit den (Bürger-) Kriegen im zerfallenden Jugoslawien oder zur Debatte um ein »Europa der Vaterländer«.